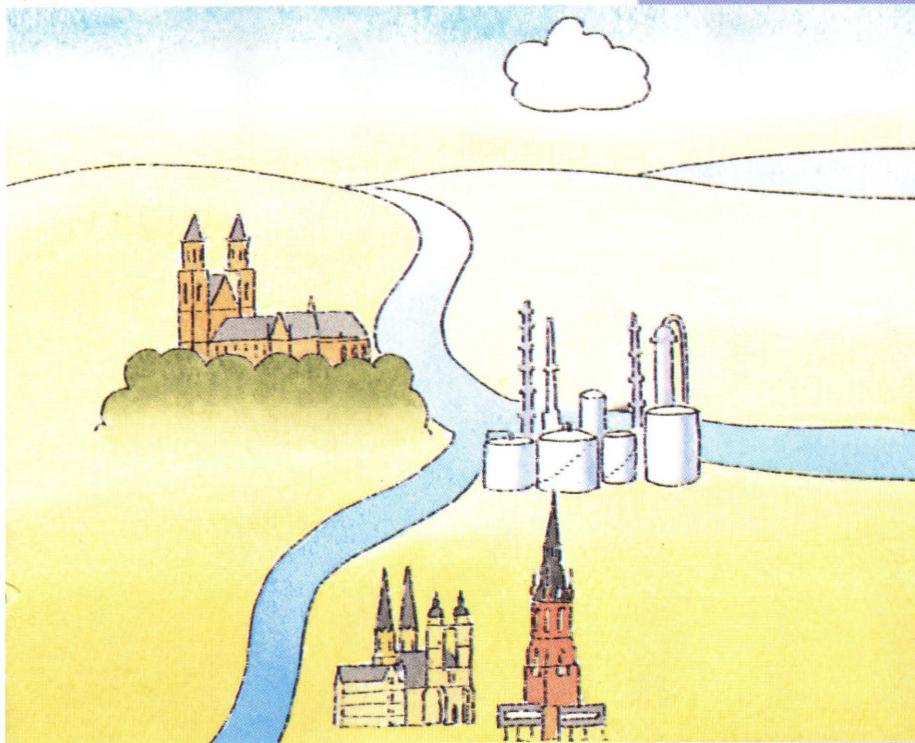


Sachsen-Anhalt
in der Europäischen Union



Europäische Kommission
Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn

Vertretung in Berlin,
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –
mit Quellenangabe gestattet

Sachsen-Anhalt

in der Europäischen Union

„Sachsen-Anhalt ist immer ein Land mit europäischer Ausrichtung gewesen. Das Magdeburger Stadtrecht hatte im Mittelalter enorme Ausstrahlungskraft auf die Städte Mittel- und Osteuropas. Als Land mit einer geradezu klassischen Mittellage haben Verkehr und Handel mit den Nachbarstaaten hohe Bedeutung; auch heute führen die zentralen europäischen Verkehrswege zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd auf Straße, Schiene und zu Wasser wieder durch Sachsen-Anhalt.

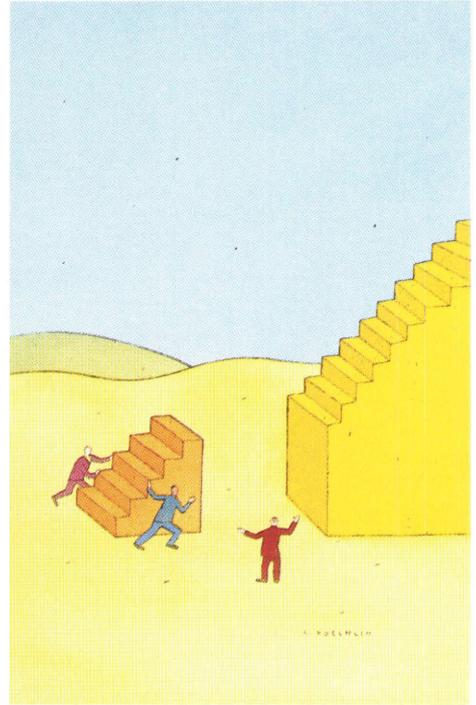
An diesen Beispielen wird deutlich, wie unnatürlich und widersinnig die jahrzehntelange gewaltsame Trennung unserer Region von seinen Nachbarn gewesen ist. Nach dem Ende der deutschen Teilung wachsen in unserem Land auch die europäischen Verbindungen neu zusammen. Mit dem Fall der Mauer ist Europa ein offener Kontinent geworden, in dem Sachsen-Anhalt gerade auch zu den Staaten Osteuropas eine Brückenfunktion wahrnehmen will“.

*Christoph Bergner,
Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt*



SACHSEN-ANHALT IN EUROPA

Aufbruch an Elbe und Saale



Die geographische Lage läßt keinen Zweifel: Sachsen-Anhalt wird sich zu einer Drehscheibe zwischen Ost und West entwickeln. Im Raum Halle, Merseburg und Bitterfeld sind die größten ostdeutschen Chemie- und Mineralölfirmer angesiedelt. 1992 erwirtschafteten diese Unternehmen 50 Prozent des Umsatzes des verarbeitenden Gewerbes dieser Region und waren größter Arbeitgeber des Landes. Zusammen mit der nahegelegenen Stadt Leipzig bildet die Gegend ein bedeutendes Wirtschaftszentrum im Süden von Berlin. Auch kunsthistorisch hat das Land einiges zu bieten: das historische Zentrum der alten Salzstadt Halle, der Magdeburger Dom und das international renommierte „Bauhaus“ in Dessau. Seit 1994 ist Sachsen-Anhalt - wie auch die anderen neuen Länder - in die höchste Förderstufe der EU aufgenommen. Die Union leistet damit ihren Beitrag, um dem Land den Anschluß an die wirtschaftlich hochentwickelten Regionen in Europa zu erleichtern.



Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

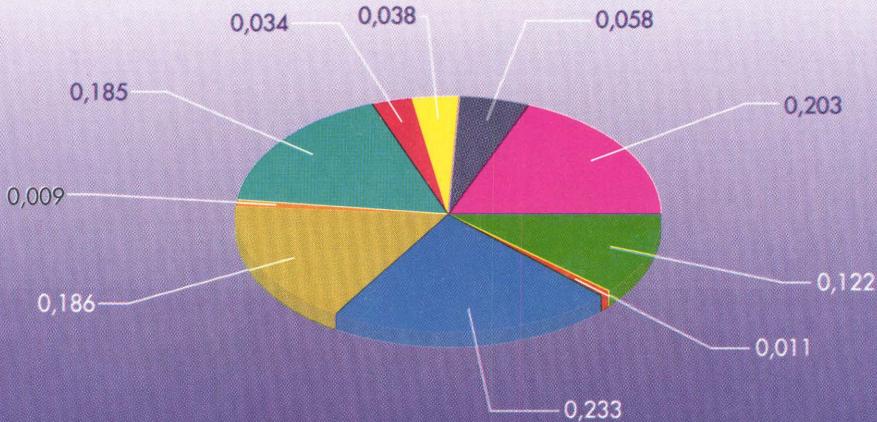
Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Sachsen-Anhalt gebracht?“. Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Der Export Sachsen-Anhalts in die EU

— 1,1 Milliarden DM: Das sind 23,2 Prozent des Gesamtexports —

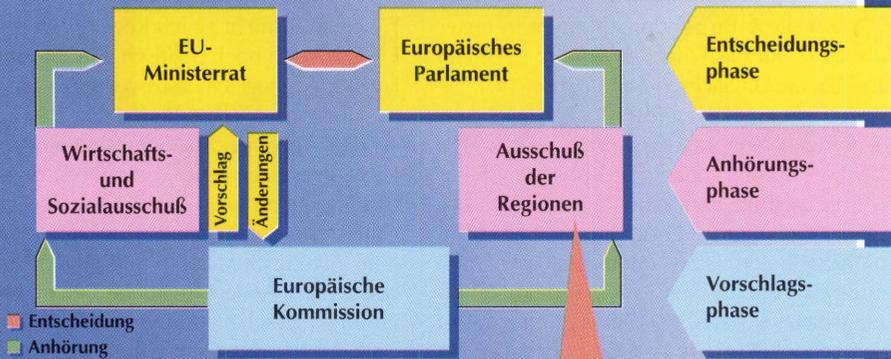


B/L
 DK
 GR
 E
 F
 IRL
 I
 NL
 P
 GB

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

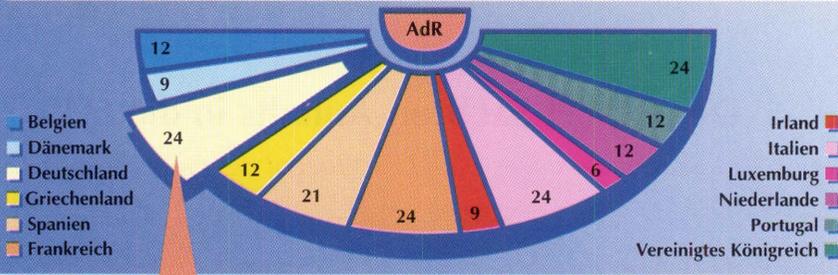
Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



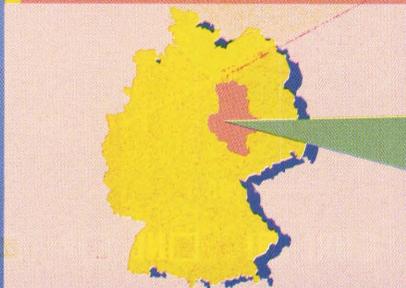
Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Maßnahmen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Sachsen-Anhalt benennt einen Vertreter



Christoph Bergner
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem Sachsen-Anhalt seine europäischen Interessen einbringt, ist der

Sachsen-Anhalt entscheidet mit

Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige und in der Verfassung verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EGV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EGV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**
Präsident der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden Europas
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**
Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister Barbel/Niedersachsen

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
Europäische Union	100	10,4	Irland	72	18,4
Belgien	108	8,8	Italien	106	11,2
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
Dänemark	111	10,6	Emilia-Romagna	132	4,7
BR Deutschland	106	7,0	Centro	110	7,9
Baden- Württemberg	130	4,1	Lazio	121	11,0
Bayern	127	3,9	Campania	73	22,8
Berlin	95	9,2	Abruzzi-Molise	91	13,1
Brandenburg	36	12,0	Sud	70	17,6
Bremen	159	8,7	Sicilia	70	23,1
Hamburg	209	5,6	Sardegna	77	19,8
Hessen	149	4,6	Luxemburg	131	2,4
Mecklenburg- Vorpommern	33	14,1	Niederlande	104	8,2
Niedersachsen	108	6,4	Noord-Nederland	106	10,6
Nordrhein- Westfalen	115	6,6	Oost-Nederland	91	7,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	West-Nederland	111	7,9
Saarland	112	7,4	Zuid-Nederland	100	8,0
Sachsen	33	11,5	Portugal	60	4,9
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Continente	60	4,9
Schleswig-Holstein	102	5,3	Acores	-	4,6
Thüringen	30	12,8	Madeira	-	3,4
Griechenland	49	7,7	Großbritannien	98	10,3
Voreia Ellada	46	6,3	North	86	11,4
Kentriki Ellada	48	7,2	Yorkshire and Humberside	88	10,2
Attiki	55	9,9	East Midlands	94	9,0
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	East Anglia	99	8,4
Spanien	80	21,3	South East	117	10,5
Noroeste	66	17,8	South West	94	9,6
Noreste	92	18,6	West Midlands	89	10,9
Madrid	100	16,5	North West	90	10,5
Centro	65	21,0	Wales	83	9,7
Este	92	19,6	Scotland	94	10,1
Sur	64	29,7	Northern Ireland	74	15,0
Canarias	79	26,7			
Frankreich	115	10,3			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord - Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.
- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993
- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.

Ausschuß der Regionen

Durch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Sachsen-Anhalt ist dies der Ministerpräsident des Landes, Christoph Bergner). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

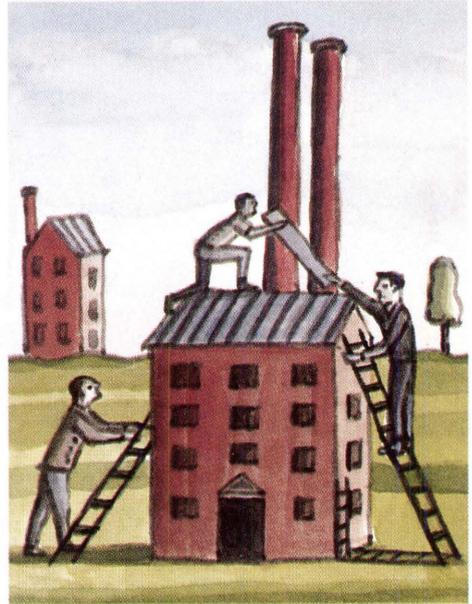
Die Abgeordneten Sachsen-Anhalts im Europäischen Parlament

Für bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die Abgeordneten des Landes Sachsen-Anhalt im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg im Rahmen des Programms „Konver“ europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch Sachsen-Anhalt erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen, Ile-de-France und Hamburg, sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).



Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAP), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

ZIELE

„Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, also auch Sachsen-Anhalt, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

„Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit.

„Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Aus-schluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

„Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wand-lungsprozesse und Veränderungen der Pro-duktionssysteme“ erleichtern. 291,3 Millionen ECU stehen für Deutschland zwischen 1994 und 1999 bereit.

„Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

„Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,23 Milliarden ECU bereit.



Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozess der EU-Strukturförderung

Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAP)*

Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Sachsen-Anhalt viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die Landesregierung Sachsen-Anhalts erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

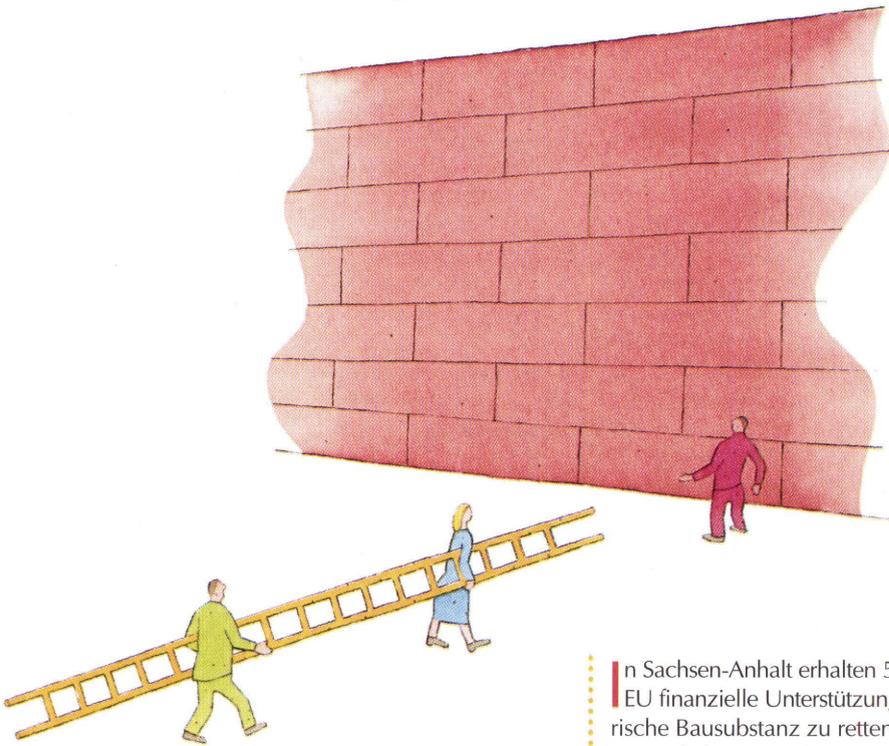
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.



ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und
Sachsen-Anhalt
handeln bei vielen
Projekten gemeinsam



In Sachsen-Anhalt erhalten 569 Dörfer von der EU finanzielle Unterstützungen, um ihre historische Bausubstanz zu retten oder notwendige Bauvorhaben einzuleiten. Die Dorferneuerung stellt fast überall in den östlichen Bundesländern einen Schwerpunkt in der EU-Strukturförderung dar. Die Restaurierung von Gebäuden, Fassaden und Plätzen wird von der EU und von den nationalen Behörden kofinanziert. Bis zu 50 Prozent der Aufwendungen für die Wiederherstellung eines förderwürdigen Objektes kann aus diesen öffentlichen Quellen fließen.

Die Europäische Kommission hat das Bauhaus in Dessau 1991 mit dem Preis „Kulturbühne Europa“ ausgezeichnet und sich mit



einem Zuschuß von 35 000 ECU an der Verwirklichung des Bauhausgedankens auf europäischer Ebene beteiligt. Mit finanzieller Hilfe der Europäischen Kommission holte die Akademie am Bauhaus Fachleute und Studenten aus

Regionale Entwicklung

ganz Europa nach Dessau und verwirklichte ihre Vision von einer interdisziplinären Werkstatt zur Lösung dringender Probleme industrieller Gesellschaften im Wandel. In dieser Werkstatt werden anhand lokaler und regionaler Beispiele Zivilisationsmodelle und Zukunftsvorhaben entworfen. Diese sollen eine Alternative zu einer Lebens- und Produktionsweise bilden, die zunehmend unsere Lebensbedingungen zerstört.

Weitere Beihilfen machten eine Verbesserung der industriellen Infrastruktur möglich. Bestimmte Wirtschaftszweige, wie der Braunkohleabbau und der Maschinenbau, erhielten Mittel, um ihre Produktion zu modernisieren und umweltfreundlicher zu gestalten. Auch die chemische Industrie bekam Gelder zur Entwicklung und Modernisierung ihrer Anlagen.

Mit finanzieller Unterstützung der EU wurden 40 Beschäftigte des neuen Bayerwerks in Bitterfeld bei der Bayer-Tochter Wolff-Walsrode in Niedersachsen geschult. Dort bereiteten sie sich auf ihre Tätigkeit in der modernsten Methylcellulose-Anlage der Welt vor, die in Bitterfeld entsteht.

Seit der Deutschen Einheit hat die EU in Sachsen-Anhalt 5,5 Millionen ECU für die Regionen zur Verfügung gestellt, die von der Krise in der Kohleindustrie besonders betroffen sind. Diese Gelder bieten Städten, Gemeinden und Unternehmen neue Entwicklungsmöglichkeiten. Im Kreis Aschersleben, der nach der Deutschen Einheit von hoher Arbeitslosigkeit betroffen war, wurde der Ausbau und die Modernisierung einer Fabrik für Babynahrung ermöglicht. Nach der Privatisierung der Fabrik gingen zunächst 100 Arbeitsplätze verloren, nach erfolgreicher Erweiterung konnten jedoch 70 neue Arbeitnehmer eingestellt werden.

Förderung der Landwirtschaft

Die Europäische Union zahlte im Zeitraum von 1991 bis 1993 über 120 Millionen ECU zur Unterstützung der Landwirtschaft. Ungefähr 5 000 Menschen in Sachsen-Anhalt profitierten von diesen Mitteln. Im selben Zeitraum stellte die EU weitere 68 Millionen ECU für 64 Vorhaben bereit, um Produktionsmethoden und Vermarktungswege landwirtschaftlicher Erzeugnisse weiterzuentwickeln. Ein Beispiel für ein gefördertes Projekt ist der Blumenhandel Flora 3000, der in Magdeburg einen Großmarkt für Blumen eröffnete. 20 Gärtnern aus der Region können hier ihre Produkte besser vermarkten. Erwartet wird eine Umsatzsteigerung von neun Millionen ECU pro Jahr. Auf dem Großmarkt selber fanden 35 Arbeitnehmer eine neue Anstellung.

Forschung und Entwicklung

Das Programm ORA ist zur Verbreitung von Computertechnologien im ländlichen Raum gedacht. ANA-GO (Analysis of on-going rural development projects involving telematic systems use) ist ein Vorhaben der EU, das es ermöglicht, Entwicklungsprojekte im ländlichen Raum mit Computern zu analysieren.

THERMIE ist der Name des Förderprogramms der EU, mit dem Entwicklungen im Bereich Solartechnik, Biomasse, Energieersparnis und Verringerung der Emissionen unterstützt werden. Die Ulmer Firma E. Schwenk Baubedarf erhielt 1,6 Millionen ECU, um in Sachsen-Anhalt in einem Vorheizungs-Turm den Wärme-Verlust einzudämmen.



Umschulungen helfen beim neuen Einstieg in den Arbeitsmarkt.

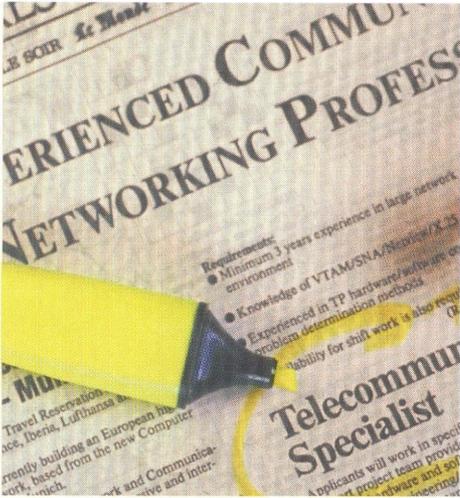
Zum gleichen Zweck entwickelte die Firma für eine Ziegelei einen neuartigen Kühler für gebrannte Klinker. Die Cerestar Deutschland GmbH forschte über eine effiziente Trocknung der Nebenprodukte bei der Stärkeproduktion von Weizen und bekam einen Zuschuß von 700 000 ECU. Die Installation eines hochwirksamen Gerätes zur Trennung verschiedener Bestandteile von Stoffgemischen in der Zementherstellung in der Karsdorfer Zement GmbH unterstützte die EU mit 1,1 Millionen ECU, weil auch mit diesem Gerät Energie eingespart wird.

Bildungs- und Austauschprogramme

Über das Programm COMETT, das der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft dient, erhielten 30 Studenten im Jahr 1992 die Gelegenheit, Arbeitsplätze außerhalb Sachsen-Anhalts kennenzulernen. Außerdem wurden sechs Einführungskurse bezuschußt.

Fünf Institutionen, darunter eine medizinische Fakultät, Technische Hochschulen und Akademien für Kunst und Design nahmen am ERASMUS-Programm teil. 74 Studenten besuchten Universitäten in anderen europäischen Ländern. Die meisten von ihnen entschieden sich für ein Studienjahr in Großbritannien oder Italien.

Fünf FORCE-Projekte entstanden in Sachsen-Anhalt, die sich mit spezifischen Trainingsprogrammen und Managementproblemen der fünf neuen Bundesländer auseinandersetzen. Die Technische Universität in Magdeburg ist im Rahmen des TEMPUS-Pro-

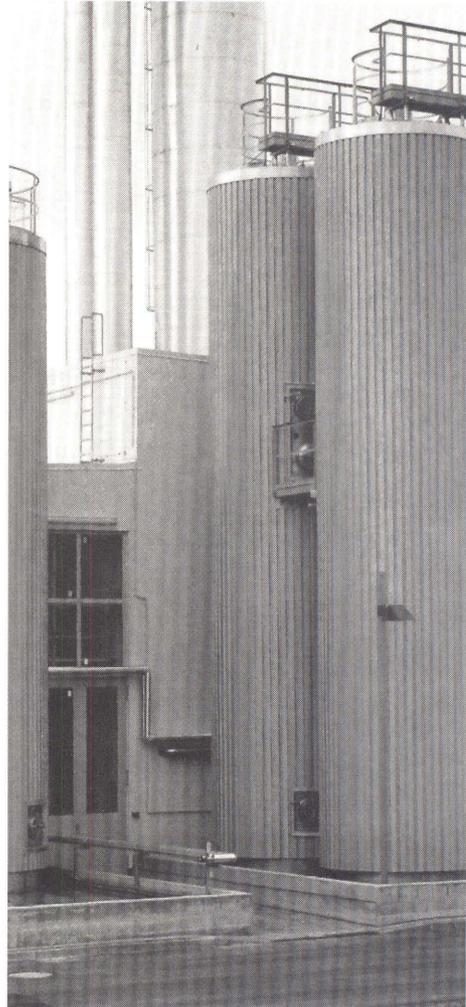


Die EU öffnet auch für Hochschulabsolventen einen grenzenlosen Arbeitsmarkt.

gramms Partner an einer Kooperation mit Universitäten aus 17 Ländern (unter anderen Österreich, Australien, Bulgarien, Ungarn, Polen und Finnland) beteiligt.

Hochschulen denken über die europäische Integration nach

Über die „Aktion Jean Monnet“ fördert die Union Hochschulinitiativen, mit denen das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema Europa erweitert wird. Die Thomas-Müntzer-Hochschule in Bernburg nahm das Angebot wahr und bot im Studienfach Wirtschaftswissenschaften ein Seminar zum Thema „die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften im Prozeß der Europäischen Integration“ an.



Seit dem 4. März 1993 ist die Altmark-Käserei in Bismark in Betrieb. Derzeit beschäftigt das Werk 56 Arbeitskräfte und 10 Auszubildende. Später werden 88 Arbeitskräfte und 12 Auszubildende hier arbeiten. 46,2 Millionen DM wurden verbaut. Erhebliche Fördermittel gab es vom Land Sachsen-Anhalt und von der Europäischen Gemeinschaft.



Mit finanzieller Unterstützung der EU wurden 70 Beschäftigte des neuen Bayer-Werks aus Bitterfeld bei der Bayer-Tochter Wolff-Walsrode in Niedersachsen geschult.

Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wurden in den Jahren 1991-1993 insgesamt 120,9 Millionen ECU für die Region Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt. Ostdeutsche Arbeitnehmer sind durch die wirtschaftliche Umstrukturierung ihres Landes von Arbeitslosigkeit bedroht. Betroffen sind hier insbe-

Beihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds

sondere Jugendliche, ältere Arbeitnehmer (über 45 Jahre) und Frauen. Für diesen Personenkreis errichteten die Arbeitsämter und Fortbildungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt spezielle Umschulungs- und Ausbildungsprogramme. Die EU zahlte 37,9 Millionen ECU Unterstützung.

Ein besonderes Problem der ostdeutschen Länder war, daß die gelernten Berufe die Arbeitnehmer nicht hinreichend für den neuen Arbeitsmarkt qualifizierten. Fortbildungen wurden angeboten und vielfach genutzt. Zusätzlich wurden „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ eingerichtet, so daß viele Arbeitnehmer, die seit der Deutschen Einheit ihren Arbeitsplatz verloren hatten, eine neue Beschäftigung fanden.

